

die später zum Teil aufgedeckt und vor den Gerichten abgeurteilt wurden; es wird hierbei die strafrechtliche Lehre vom Verbrechen als Erscheinung des Klassenkampfes besonders eindrucksvoll belegt. Wir werden an die Machenschaften des Telefunkendirektors und Wehrwirtschaftsführers Schwab im Sommer 1945 erinnert, an andere Interessenvertreter des Monopolkapitals — Dr. Friedensburg, Dr. Schreiber, Dr. Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer — die alle versuchten, auf ihren „Spezialgebieten“ zu restaurieren, denn die in den Westzonen und in Westberlin sitzenden Konzernherren unternahmen alle Anstrengungen, Einfluß auf ihre ehemaligen Konzernbetriebe zu gewinnen.

Auf jedem Gebiet des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens herrschte Klassenkampf, dessen Schärfe durch den Satz gekennzeichnet wird: „In der damaligen Zeit stand auch in der sowjetischen Besatzungszone die Frage ‚Wer — wen?‘“ (S. 129). Den Kampf um die Schaffung einheitlicher Gewerkschaften nennt Walter Ulbricht eine „wirkliche Klassenschlacht“; man geht gegen die sich durchsetzende Gleichberechtigung der Frau an mit der Erwägung, das Wahlrecht der Frauen werde wegen der fraulichen Eigenheiten politische Gefahren mit sich bringen. Neben der Enteignung der Monopole war Brennpunkt des Klassenkampfes die Durchführung der Bodenreform, die nicht nur durch den erbitterten Widerstand der enteigneten Junker verhindert werden sollte; diese fanden vielmehr zunächst Helfershelfer bei manchen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien — im Dezember 1945 forderte die LPD-Leitung offen eine Überprüfung der Bodenreform.

Nach dem Vorwort behandelt das Buch die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Berlin und im östlichen Teil Deutschlands. Aber diese Darstellung ist aufs engste verbunden mit der Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen und hält somit auch hier schon die Erscheinungen fest, die dann zur Spaltung führten.

Und schließlich kann die Darstellung nicht absehen von der verschiedenen Rolle, die die Besatzungsmächte gespielt haben. Zwar fällt in die dargestellte Periode der große, die demokratische Entwicklung ganz

Deutschlands ermöglichende Akt aller Besatzungsmächte: das Potsdamer Abkommen. Trotzdem zeigte sich von Anfang an, daß die westlichen Besatzungsmächte eine Okkupationspolitik betrieben, die den Monopolen und Konzernherren, aber nicht dem Volk diene. Mit großem Gewicht stellt Walter Ulbricht die Rolle des werktätigen Volkes bei dem Aufbau seines neuen Staates dar — aber: „Aus eigener Kraft wäre die deutsche Bevölkerung damals nicht in der Lage gewesen, sich wieder Boden unter den Füßen zu schaffen“. Und jeder von uns, der von Anfang an mitgearbeitet hat, stimmt voll und ganz zu, wenn Walter Ulbricht davon spricht, wie die sowjetischen Kommandanten und Offiziere halfen und unermüdlich die Deutschen ermunterten, „selbst zielbewußt und kühn an die Arbeit zu gehen“. Sie weckten die Initiative des werktätigen Volkes, während die westlichen Besatzungsmächte alles taten, um diese Initiative im Interesse der Monopole und Konzerne zu unterdrücken und zu hemmen.

Der Wert dieses Werkes erhöht sich noch dadurch, daß es mit einer Reihe von Faksimiles ausgestattet ist, die die wichtigsten Ereignisse unmittelbar anschaulich machen: Die ersten Nummern der demokratischen Zeitungen, vor allem der „Deutschen Volkszeitung“ mit dem historischen Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Schaffendes Volk in Stadt und Land!“ und der Nummer 25 mit dem „Ersten Gebot der antifaschistischen, demokratischen Kräfte: Rasche Erntehilfe tut not!“.

Der Anhang schließlich gibt wichtige Dokumente in ihrem Wortlaut wieder — so Resolutionen und Stellungnahmen der KPD seit den Jahren 1939 (Berner Konferenz), das Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland. Außerdem finden wir wichtige Dokumente der Jahre 1945/46: Die ersten Befehle der sowjetischen Besatzungsmächte, das Potsdamer Abkommen und schließlich den Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946.

Kein Staatsfunktionär, der unsere Gegenwart verstehen, in unserer Gegenwart richtig handeln will, kann an dem Studium der Geschichte der neuesten Zeit, d; h. unserer Zeit, Vorbeigehen.

Das Gesicht einer amerikanischen Spionagezentrale

Aus dem Urteil des Obersten Gerichts vom 27. Juni 1955 — 1 Zst (I) 5/55 — gegen fünf Agenten des RIAS.

I

Die von den westlichen Imperialisten betriebene „Politik der Stärke“, die sich gegen das Weltfriedenslager, insbesondere aber gegen die sozialistischen und friedliebenden Staaten richtet und ihren schärfsten Ausdruck in den Pariser Verträgen findet, hat die Gefahr eines neuen Krieges im besonderen in Europa erhöht. Gegen diese Pläne, deren Verwirklichung die Menschenopfer des zweiten Weltkrieges weit übersteigen würde und in die die westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitiker einbezogen worden sind, wenden sich voller Empörung alle friedliebenden Menschen der Welt. Sie kämpfen mit Entschlossenheit für die Erhaltung und Verteidigung des Friedens. Sie werden den Kriegstreibern ein energisches Halt gebieten und die Durchführung der Pariser Verträge verhindern. In welchem Maße die unter der Führung der Sowjetunion stehende Friedensoffensive bestimmend für die Entspannung der internationalen Lage und damit für die Erhaltung des Friedens ist, wird durch die Existenz der immer mehr erstarkenden und die Weltpolitik mitbestimmenden Volksrepublik China, die Einstellung der Kampfhandlungen in Korea und Vietnam, durch das Zustandekommen der Konferenzen von Berlin, und Genf bewiesen. Die Konferenz von Bandung, die eine machtvolle Demonstration der bedeutendsten asiatischen und afrikanischen Staaten für eine friedliche Koexistenz und für die Sicherung des Friedens in diesem Teil der Welt war, hat bewiesen, daß das Zeitalter der kolonialen Unterdrückung und Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der friedliebenden Völker sein Ende fin-

det. Die aggressiven Pariser Verträge wurden mit dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand beantwortet, der von hoher Verantwortung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens getragen ist. Dieser Vertrag, mit dem ein neuer Abschnitt in den Beziehungen der Völker eingeleitet wird, stellt den aggressiven Blockbildungen ein System gegenüber, das die friedliche Koexistenz durch kollektive Sicherheit gewährleistet und den Beitritt allen friedliebenden Völkern eröffnet. Auf der jetzigen Tagung der UNO in San Franzisko aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens hat die Sowjetunion durch ihren Außenminister Molotow nachgewiesen, daß die von ihr und den friedliebenden Staaten verfolgte Friedenspolitik von dem Gedanken der friedlichen Koexistenz getragen wird, der zur Gründung der UNO geführt hat. Dieser Gedanke muß, wie Außenminister Molotow dargestellt hat, konsequent in die Tat umgesetzt werden, um die UNO zu dem Instrument der Friedensbestrebungen der Völker zu machen, das sie nach ihrer Satzung sein soll. Gegen die unentwegten Bemühungen des amerikanischen Imperialismus, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Spannungen und kriegerische Konflikte herbeizuführen, wenden sich nicht nur die Regierungen der Länder des Friedenslagers, sondern auch die breiten Massen der Völker der ganzen Welt und damit auch Millionen friedliebender Menschen in anderen Ländern. Hunderte Millionen Menschen haben mit der Unterzeichnung des Stockholmer Appells ihrem Friedenswillen Ausdruck gegeben und noch mehr Menschen erheben in diesen Tagen in Helsinki die einmütige Forde-